

Medienmitteilung der Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug

Szenarien zur Beschäftigungsentwicklung im Finanzbereich

Die Nachfrage nach Arbeitskräften im Finanzdienstleistungsbereich wird in den nächsten Jahren weiter zurückgehen. Es ist möglich, dass im Wirtschaftsraum Zürich zusätzliche 20'000 bis 30'000 Stellen abgebaut werden. Zu dieser Erkenntnis gelangt die von den zehn Kantonen der Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug durchgeführte Untersuchung zur Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bereich Finanzdienstleistungen.

Der Finanzdienstleistungssektor ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige der Schweiz. Während er in der Vergangenheit ein Wachstumsmotor der Schweizer Wirtschaft und insbesondere im Wirtschaftsraum Zürich war, wurden in letzter Zeit in grösserem Mass Stellen abgebaut. Für die Entwicklung des Arbeitsmarktes bzw. der Arbeitslosigkeit im Wirtschaftsraum Zürich ist die Frage von zentraler Bedeutung, wie die Entwicklung weiter gehen wird.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass der Arbeitsmarkt keine Kantonsgrenzen kennt, haben sich die Ämter für Wirtschaft und Arbeit (AWA) bzw. die kantonalen Industrie- und Gewerbeämter (KIGA) der Kantone Aargau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St.Gallen, Thurgau, Zug und Zürich zur Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug (AMOSA) zusammengeschlossen. Gemeinsam mit dem Verband Zürcherischer Kreditinstitute, dem Schweizerischen Versicherungsverband, dem Schweizerischen Bankpersonalverband und dem Kaufmännischen Verband Schweiz haben sie in einem ersten Projekt die aktuelle Situation des Arbeitsmarktes und die zukünftige Nachfrage nach Arbeitskräften im Finanzdienstleistungssektor untersucht.

Ertragseinbrüche führen zum Abbau von Stellen

Eine schriftliche Umfrage bei 73 Unternehmen und Interviews mit sieben Führungspersonen aus dem Human Resources Bereich in Grossfirmen zeigt, dass die Situation Anfang 2003 von den Unternehmen als schlecht und die Aussichten als sehr unsicher beurteilt werden. Neben konjunkturellen und strukturellen Ursachen (aufgebaute Überkapazitäten) ist die grosse Unsicherheit an den Finanzmärkten (Vertrauensverlust der Anleger) Grund für die gegenwärtige Krise. Einbrechende Erträge führten zu einem rasch zunehmenden Rationalisierungsdruck und entsprechende Massnahmen zur Kostensenkung (Redimensionierungen, Prozessautomatisierungen und –standardisierungen) zu einem Abbau von Arbeitsplätzen. 81% der befragten Firmen meldeten einen abnehmenden bzw. stagnierenden Personalbestand. Überdurchschnittlich betroffen sind bei den Banken das Investment und Private Banking, bei den Versicherungen der Bereich Leben. Kostensenkungsmassnahmen werden auch in den übergeordneten Bereichen Information Technologies (IT) und Operations getroffen.

Kaum offene Stellen

Im Beobachtungszeitraum vom Oktober 2002 bis Januar 2003 wurden im Finanzdienstleistungssektor in den Auftragskantonen pro Monat im Schnitt lediglich 269 offene Stellen inseriert. Gefragt waren hochqualifizierte und spezialisierte Fachkräfte ohne Management- und Personalverantwortung sowie Personen mit abgeschlossener Lehre resp. Ausbildung. Kaum nachgefragt waren Führungskräfte. Ausgeschrieben waren vor allem Vollzeitstellen. Fast zwei Drittel der zu besetzenden Stellen befinden sich im Kanton Zürich.

In 4 von 5 Fällen sucht das betreffende Unternehmen selber, nur bei jeder fünften Stelle wird eine Personalberatungsfirma eingeschaltet. Die meisten offenen Stellen werden über die firmeneigene Homepage ausgeschrieben. Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) sind als Rekrutierungsweg bedeutungslos. Viele Vakanzen werden aber gar nie extern publiziert und grundsätzlich gilt, dass interne Bewerber den Vorrang vor externen Kandidaten haben.

80% der Stellen Suchenden sind Schweizer – hoher Anteil Kader

Die Zahl der Stellen Suchenden im Bereich Finanzdienstleistungen hat sich zwischen April 2001 und Januar 2003 beinahe vervierfacht. 75% dieser Personen wohnen im Kanton Zürich, 11% im Aargau und 6% im Kanton St. Gallen. Der Kanton Zürich ist denn auch am stärksten von der Arbeitslosigkeit in diesem Sektor betroffen: 5.6% aller Stellen Suchenden stammen aus dem Finanzdienstleistungsbereich. Es folgen Aargau, Appenzell i.R., Zug und Schaffhausen mit durchschnittlich 2%. Rund 80% der Stellen Suchenden sind Schweizerinnen und Schweizer. Überdurchschnittlich viele Stellen Suchende sind Kaderpersonen oder stammen aus einer Fachfunktion. Betroffen sind vor allem 26- bis 49-Jährige.

Ähnlich wie in anderen Branchen sind sich viele entlassene Personen nicht gewohnt, auf dem Arbeitsmarkt zu bewegen. Entsprechend macht ihnen die persönliche Standortbestimmung Mühe und es fehlen Erfahrungen und Wissen mit Bewerbungsstrategien und -techniken. Problematisch ist, dass die bisherigen Löhne häufig nicht mehr marktkonform sind. Viele Stellen Suchende mit sechs und mehr Jahren Erfahrung in einem spezifischen Bereich gelten zudem oftmals als zu spezialisiert, um in einem anderen Bereich angestellt zu werden.

Weiterer Rückgang der Beschäftigten

Im Rahmen eines Teilprojektes hat Prof. Beat Bernet von der Universität St. Gallen Szenarien zur Entwicklung des Arbeitsmarktes erarbeitet. Er zeigt auf, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen ist, dass die Beschäftigtenzahlen bis 2010 in der Grössenordnung von 40'000 bis 60'000 gesamtschweizerisch und von 20'000 bis 30'000 in den Auftragskantonen zurückgehen. Ausschlaggebend dafür sind die in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre aufgebauten Überkapazitäten in Bezug zur Gesamtnachfrage nach Dienstleistungen. Unabhängig von der aktuellen Situation schreitet die Rationalisierung besonders im Bereich Operations (insbesondere Wertschriften- und Zahlungsverkehr) weiter voran. Dieser Abbau von Stellen betrifft vor allem angelernte Arbeitskräfte.

Folgerungen für die Arbeitsmarktbehörden

Der weitere Rückgang der Beschäftigten um 20'000 bis 30'000 Arbeitsplätze im Wirtschaftsraum Zürich bis im Jahr 2010, der vor allem von exogenen Faktoren abhängt, kann nicht aufgehalten werden. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten können nur durch Innovation und neue Produkte geschaffen werden. Gefordert ist nicht nur der Finanzdienstleistungssektor, sondern auch die gesamte Volkswirtschaft. Für Stellen Suchende, aber auch für die übrigen Arbeitnehmer, muss dies bedeuten, die Arbeitsmarktfähigkeit kontinuierlich zu verbessern.

Die Projektträger haben gemeinsam Handlungsbedarf erkannt und Massnahmen erarbeitet. Bereits in die Wege geleitet ist eine verstärkte Zusammenarbeit der Unternehmen mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV), welche sich als effiziente Vermittler besser bekannt machen müssen. Optimiert werden kann der Ablauf bei Entlassungen, wenn möglichst frühzeitig über Entlassungen informiert und die Schnittstelle zwischen betrieblichen Massnahmen zur Begleitung von Kündigungen und der öffentlichen Arbeitsvermittlung besser koordiniert wird. Zu fördern ist ferner die „interbetriebliche“ Stellenvermittlung - auch für temporäre Einsätze. Für die Verbesserung der Vermittlung soll ein Hilfsmittel entwickelt werden, welches die Beurteilung und Klassifizierung von Stellen Suchenden aus dem Finanzdienstleistungssektor erlaubt und welches von Arbeitgebern und von den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren verstanden werden kann. Die Qualifizierungsangebote der RAV werden für die Nachbarkantone geöffnet und die entsprechenden Informationen den Personalberatern zugänglich gemacht.

Anregungen ergaben sich auch für die Arbeitgeber. Wie bereits bekannt war, können Arbeitszeitmodelle Entlassungen vermindern. Es ist deshalb sinnvoll, verschiedene Modelle zu erarbeiten und anzubieten. Im Weiteren sollen die betrieblichen Angebote für eine berufliche Standortbestimmung für alle Mitarbeitenden geöffnet werden, damit sie sensibilisiert werden für die Eigenverantwortung bezüglich Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit („keine Stelle fürs Leben“).

Der zusammenfassende Schlussbericht, die Studie von Prof. Bernet mit Szenarien zur Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bereich Finanzdienstleistungen sowie vier Arbeitsberichte sind abrufbar unter:

www.amosa.net

Für weitere Informationen:

Dr. Hans-Peter Burkhard, Chef des Amtes für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich,

Tel: 043 259 26 25

Dr. Erika Meins, Projektleitung AMOSA, c/o Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich,

Tel: 043 259 26 36